

# Danziger Zeitung

№ 18101.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Belgrad, 21. Januar. (Privattelegramm.)** Die Regierung hat die Verhaftung des serbischen Militärs und Agitators Waso Pelagies wegen Hochverrats angeordnet.

**Paris, 21. Januar. (Privattelegramm.)** Der Großrabbiner von Frankreich, Jakob Kahn, protestiert namens der französischen Juden gegen die in Neuilly gehaltenen antisemitischen Reden und bemerkt schließlich, kein christlicher Geistlicher Frankreichs sei Antisemit.

**Uffadon, 21. Januar. (Privattelegramm.)** Nach Regierungsblättern hat der König seine beiden englischen Orden der Königin Victoria mit einem sehr verbindlichen Dankschreiben zurückgeschickt. Dieser Beschluss wird von der Bevölkerung sehr freudig aufgenommen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Januar.

### Die Denkschrift über die Arbeiterverhältnisse in den Kohlenbezirken und die neue Streikbewegung.

Als Beilage zum „Reichsanzeiger“ ist gestern eine 14½ Bogen umfassende Denkschrift über die Unternehmung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken veröffentlicht worden. Die Denkschrift ist im Auftrage der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern ausgearbeitet und umfasst 43 Seiten, ungerichtet die Protokolle und Beilagen der Untersuchung. In dem einleitenden Kapitel über die Anordnung der Untersuchung wird bemerkt, dass von dem vorhandenen Material die Aussagen der Bergleute und die Erklärungen der Werksverwaltungen nebst den abgegebenen Gutachten der Untersuchungs-Kommission für sämtliche fünf untersuchten Bezirke (Ruhrrevier, Saarbrücken, Aachen, Nieder- und Ober-Schlesien) dem Sinne nach bei im Auszuge wiedergegeben werden — mit Rücksicht nämlich auf die Wünsche der Bergwerksbesitzer, von denen im Ruhrbezirk nur zwei jede Aussage verweigert haben, in Ober-Schlesien einer, dessen Generalbevollmächtigter sogar einen umfangreichen Protest gegen das Verfahren eingereicht hat. Die Denkschrift bemerkt, „der eingeschlagene Weg biete den Vortheil, an geeigneten Stellen die Auffassung der mit der Erhebung und Begutachtung der Untersuchungsergebnisse betrauten Ministerialkommissionen zum Ausdruck zu bringen, und die in der Denkschrift enthaltenen Beurteilungen tatsächlicher Verhältnisse kennzeichnen sich hierdurch als die Auffassung dieser letzteren“. Am Schluss der Denkschrift heißt es: „Die im Vorstehenden bereits an einzelnen Stellen angedeutet worden ist, wird es weiterer Erwägung unterliegen, ob einzelne bei der Untersuchung zu Tage gekommene Verhältnisse und Wünsche genügende Veranlassung zu einer Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten.“ Ueber die vielerörterte Frage des Grundes des Ausstandes wird in dem bezüglich Abschnitt bemerkt:

„An vielen Stellen des Ruhrbezirks werde von den Arbeitern zu niedriger Lohn und die Schichtdauer bei zu zahlreicher Ueberschichten als Grund des Ausstandes bezeichnet. Auf einer größeren Reihe von Gruben aber hätten einzelne Arbeiter als Ursache der Bewegung angegeben: „weil anderwärts gestreikt wurde“. „Selbstständig wäre es nicht dazu gekommen, die Anregung kam von Außen“, „durch fremde Arbeiter aufgewiegelt bei. gewungen u. s. w.“

Es ist charakteristisch für die Tendenz der Denkschrift, dass dieselbe auf dergleichen Aussagen, deren Quelle leicht zu errathen, wie es scheint, erhebliches Gewicht legt.

Unser Berliner Correspondent schreibt hierzu: Die Veröffentlichung der Denkschrift über die Verhältnisse in den Steinkohlenbezirken, welche zu den Streikes Veranlassung gegeben haben, ist gerade zur rechten Zeit in dem Augenblicke erfolgt, wo die Streikbewegung im Westen wie im Osten von neuem einsetzt. Aus der Darstellung des Verlaufs des Ausstandes namentlich im Ruhrrevier, welcher im Mai vorigen Jahres zuerst die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse der Kohlenarbeiter gerichtet hat, ergibt sich, dass die neuen Forderungen des Bochumer Verbandes für Bergarbeiter bis auf einen Punkt, nämlich die Lohn-erhöhung um 50 Proc., in der Hauptsache nur eine Wiederholung der damaligen Forderungen sind. Um so bedauerlicher ist, dass die Bergwerksbesitzer bisher sich noch nicht haben entschließen können, der Mahnung zu folgen, welche der Kaiser im vorigen Frühjahr bei dem Empfang der Deputation des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund an sie gerichtet hat. Der Kaiser empfahl damals den Bergwerksbesitzern, neuen Streikes für die Zukunft dadurch vorzubeugen, dass sie dauernd Fühlung mit ihren Arbeitern nähmen. Die Bergleute hatten zunächst für die Regelung der Ueberschichten eine Verständigung zwischen den Grubenverwaltungen und einem Ausschuss von Vertrauensmännern der befreit. Belegschaft, der alljährlich in freier Wahl selbstständig von den über 25 Jahre alten Bergleuten gewählt werden sollte, in Vorschlag gebracht. Die Bergwerksbesitzer haben bekanntlich diesen Vorschlag von vornherein abgelehnt und haben auch bei den späteren Differenzen über die Befestigung der Sperre diesen ablehnenden Standpunkt so schroff innegehalten, dass eine Verständigung in dieser Frage, in welcher doch das Recht auf Seiten der Arbeiter, nur mühsam durch Vermittelung der Staatsbehörden herbeigeführt werden konnte. Diese Unter-

rächen. Bei den Verhandlungen, zu welchen die neuen Forderungen der Arbeiter im Ruhrrevier Veranlassung geben, taucht sofort die Frage wieder auf, ob der Vorstand des Verbandes der Bergleute, an deren Spitze zwei der Mitglieder der Kaiserdeputation vom Mai v. J. Bunte und Schröder stehen, als die kompetente Vertretung der Bergleute des Ruhrreviers anzusehen ist oder nicht. Offenbar würden die Bergwerksbesitzer leichter zu einer Verständigung mit ihren Arbeitern kommen, wenn die Belegschaft der einzelnen Gruben für sich organisiert wäre; der allgemeine Verband, dessen Bildung inzwischen in Angriff genommen ist, wird der Befestigung einer agitatorischen Ausbeutung der Bewegung eher unterliegen, als das bei der Bildung von Vertrauensmännern aus der einzelnen Belegschaften der Fall sein würde.

Auffallenderweise ist es in letzter Zeit auch von der angeblichen Absicht der Bergwerksbesitzer still geworden, zur Herstellung von Einigungsämtern die Hand zu bieten; ob die Reichsregierung ein gesetzgeberisches Vorgehen in dieser Richtung beabsichtigt, ist auch aus der jetzt vorliegenden Denkschrift nicht zu ersehen. Auf alle Fälle werden dergleichen gesetzgeberische Bemühungen auf die neue Bewegung zur Befestigung der Verhältnisse der Bergleute noch keinen Einfluss haben können.

Das Schreiben der westfälischen Kohlenarbeiter an den Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, dessen wesentliche Punkte bereits telegraphisch mitgeteilt worden sind, hat folgenden Wortlaut:

I. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 50 Prozent, beginnend mit dem 1. Februar 1890.

II. Eine präcise Festsetzung der Schichtdauer auf acht Stunden pro Schicht, vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt. So lange die Schichtdauer nicht genau und glatt auf acht Stunden festgesetzt ist, bleibt dies ein Punkt, der zu steter Streitigkeit führt.

III. Aufforderungen zu Ueberschichten seitens der Beamten sollen nur dann stattfinden, wenn die Ueberschichten wegen Betriebsunfälle nothwendig sind. Das jetzige Vorgehen der Beamten, Schlepper, Bremser, Pferdebetreiber, Reparaturarbeiter etc. zum Verfabren der Ueberschichten aufzufordern, ist einem indirecten Zwange gleich zu achten und führt zu immerwährenden Conflicten.

IV. Wegfall sämtlicher Kohlenabgabe. Es sind diese wieder durch Mindermaß noch durch Unreinheit gerechtfertigt. In Fällen, wo größere Verunreinigungen vorkommen, die nicht durch Schichtverhältnisse herbeigeführt werden, sind Handhaben genug vorhanden, um solche abzuändern.

V. Eine zweimalige Lohnzahlung in jedem Monat, welche in der Art wie die monatlichen Löhnungen stattfinden sollen. Außerdem zwischen diesen Löhnungen eine regelmäßige Vorschusszahlung in der Weise, wie bisher die Abschlagszahlung erfolgte, und zwar sollen die Löhnungen auf den 5. und 20. stattfinden, so dass nur der Verdienst von circa fünf Schichten im Rückstande bleibt. Durch die langen Fristen zwischen den monatlichen Auszahlungen werden, trotz der Abschlagszahlungen, die Bergleute nothgedrungen zum Borgen veranlasst und hierdurch ausgebeutet.

Die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“ veröffentlicht die Forderungen der Belegschaft von Zeche „Schlägel und Eisen“ mit ähnllichem Inhalt und Verlangen der Feststellung eines Minimallohnes für Hauer nicht unter 5 Mk., für Schlepper nicht unter 3 Mk. und für Pferdebetreiber nicht unter 2 Mk. 50 Pfg.

Auf Zeche „Holland“ wurden die Forderungen ebenfalls, jedoch nicht ohne Widerspruch, acceptirt. Man schreibt der „Germ.“ darüber aus Watten-scheid, 19. Januar:

Von dem Delegirten Bringewald waren die Arbeiter von den drei Schächten der Zeche „Holland“ auf heute Morgen zu einer Versammlung behufs Beschlußfassung über die zu stellenden Forderungen seitens der Belegschaft eingeladen. Es hatten sich zu dieser Versammlung ca. 600 Bergleute eingefunden. Der Vorsitzende, Delegirter Bringewald, eröffnete die Versammlung mit einem „Glück auf“ und verlas darauf einen Beschluss des Central-Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, welcher an den bergbaulichen Verein gerichtet worden ist und in seiner Hauptsache vom 1. Februar c. für die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter eine Lohnerhöhung von 50 Proc. und Einführung der 8stündigen Schicht, einschließend Ein- und Ausfahrt, fordert. Der Vorsitzende, welcher diesen Beschluss des Verbandes vorstandes als einen Missgriff ersten Ranges bezeichnete, betonte, es wäre den Interessen der Bergleute besser gedient, wenn man sich darauf beschränke, der Zeche „Holland“ vorzuschlagen, eine Lohnerhöhung nach Maßgabe der erhöhten Kohlenpreise eintreten zu lassen. Damit drang Redner indes nicht durch, indem von mehreren Seiten erwidert wurde, Zeche „Holland“ habe vor einigen Monaten eine bedeutende Lohnerhöhung für den 1. Januar c. in Aussicht gestellt, wie man aber Wort gehalten, wisse ein jeder Bergmann genannter Zeche; es sei nicht mal der Mühe werth, über die Erhöhung von den paar Pfennigen ein Wort zu verlieren. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte einstimmig, die Forderungen des Centralvorstandes auch auf Zeche „Holland“ durchzudrücken, außerdem die Versammlung noch zu erfragen, die Sprengstoffe im Preise herabzusetzen, den Anappen wöchentlich je einen Kohlenhektol zu überlassen und nur auf dem Schacht van Braam auszulassen. Zum Schluss wurde von allen Seiten gegen das den Bergleuten aufgetragene Verbandsorgan „Glück auf“ protestirt, indem das Blatt viel zu theuer sei und eine socialistische Richtung verfolge. Delegirter Bringewald beruhigte seine Kameraden unter dem Hinweis, daß eine auf nächsten Sonntag hier anderumte allgemeine Delegirten-Versammlung für die sofortige Abschaffung dieses Organs wirken werde.

„Don guter Seite“ erfährt die „Nat.-Ztg.“, daß der Verein zur Wahrung der Bergbau-Interessen in Rheinland und Westfalen gestern eine Sitzung abhalten wollte, in welcher über die jüngsten Forderungen der Bergarbeiter beraten werden soll. Ferner soll ein Theil der Vertreter der Bergwerke geneigt sein, dieses Mal den Staatsbehörden, welchen die Interessen der staatlichen Bergwerke und zugleich die der gesamten

Industrie des Reiches zu mahnen obliegt, gewissermaßen den Vortritt in der Entscheidung über diese Angelegenheit zu lassen. Die Staatsregierung hatte in dem Conflict, der im Frühjahr ausgebrochen war, ihren Einfluß damals überwiegend zu Gunsten der Arbeiter ausgeübt, sie möge daher jetzt die Verhältnisse beurtheilen und den Weg zu einer wenn möglich vollständigen Befestigung der fortdauernden Störung der Industrie anweisen.

Die Delegirten sämtlicher Bergarbeiter Deutschlands halten demnach in Enskirchen eine Versammlung ab. Dann sollen auch die Vorbereitungen zum internationalen Congreß getroffen werden.

## Das Socialistengesetz

wird nun doch, wie schon gemeldet, unserer ursprünglichen Voraussetzung gemäß noch in dieser Session zur Verhandlung gelangen, und zwar schon in den allernächsten Tagen. Von Friedrichsruh aus ist endlich die lang erwartete Entscheidung erfolgt. Während gestern Abend noch national-liberale Blätter, wie die „Börsenztg.“, die Erwartung aussprachen, nach Erledigung des Etats werde der Reichstag aufgelöst werden, so daß alsdann das Socialistengesetz unter den Tisch fallen würde, hat Minister Herrfurth gestern während der Sitzung Herrn v. Bennigsen mitgeteilt, daß der Reichskammer auf der Beratung des Gesetzes bestünde, und so kündigte der Präsident am Schluss der Sitzung an, daß er den Bericht der Commission über diese Vorlage unmittelbar nach der Erledigung der auf die heutige Tagesordnung gestellten dritten Lesungen, Etat, Postdampfergesetz, auf die Tagesordnung setzen werde. Es wird nun darauf ankommen, wie viele von den Nationalliberalen in der Frage der Ausweisungsbefugnis bei dem bisherigen ablehnenden Standpunkte bleiben und wie viele sich durch das Eintreten des Reichskammers für die Forderung der Regierung gewinnen lassen. Davon hängt die fernere Entscheidung ab, ob die Wahlen wirklich unter der Parole des Socialistengesetzes vor sich gehen sollen, oder nicht.

## Bielefeld und Siegen.

Hammersteins Bielefelder Candidatur bildet noch immer den Zankapfel im Lager der Cartellpartei und ihre Organe schlagen sich darüber erbittert mit einander herum. Die „Arenztg.“, die von größtem Jörn gegen die „freiwölblichen Blätter vom Schlägel der Königin, National- und Nord. Allg. Zeitung“ dicirt sind und von allem, nur nicht von freundschaftlicher Stimmung zeugen, Herr v. Hammerstein wehrt sich tapfer seiner Haut und wirft täglich ein Duzend seiner Gegner aus dem Sattel. Indessen — viele Hunde sind des Hafens Tod, und auch Herrn v. Hammerstein scheint sich das Verderben zu nahen, freilich von anderer Seite als von derjenigen der „cartelltreuen Musterknaben“, wie die „Arenztg.“ ihre Gegner höhrend nennt. Das Centrum nämlich hat, wie der „Doff. Ztg.“ aus Bielefeld gemeldet wird, beschloßen, einen eigenen Candidaten in Person des Hammergerichts-Rechtsanwalts Schröder aufzustellen. Kommt dieser Plan zur Durchführung, so wäre freilich Hr. v. Hammerstein verloren, denn nur im Vertrauen auf die Hilfe des Centrums ist der streng kirchlich gefasste Freisler überhaupt erst in den Wahlkreis hineingekommen.

Interessant sind auch die Vorgänge, die sich in Siegen, dem Wahlkreise des Hrn. Stöcker, abspielen. Schon vor einigen Tagen hatte es, wie erwähnt, ein rechtsnationalliberales Blattgetabel, daß man ein Eintreten für Stöcker mit „zu starken Ausdrücken“ wie „Selbstmord“ behämpfe. Trotzdem hatten die Nationalliberalen im Einvernehmen mit den „Gemäßigten-Conservativen“ beschloßen, die Candidatur Stöckers abzulehnen und diejenige des freisinnigen Godesberg aufzustellen. Mit Bezug hierauf bringt nun die „Arenztg.“ heute folgende Enthüllung:

Die Centralleitung der nationalliberalen Partei hat, wie wir genau wissen, nach Siegen die Mittheilung ergehen lassen, das beliebige Vorgehen der dortigen Nationalliberalen sei mit dem Cartell nicht vereinbar, sie könnten auf Grund dieses sich nicht weigern, Stöcker zu wählen!

Darnach hätte also die nationalliberale Parteileitung, an deren Spitze die Herren Miquel und Bennigsen stehen, official für Stöckers Sache sich engagirt, ein gewiß charakteristisches Vorkommniß. Was die Siegener Nationalliberalen nun thun werden, bleibt abzuwarten; abzuwarten bleibt vor allem aber auch, was sie dann thun werden, wenn es durch ihr Eintreten für Godesberg zu einer Gleichwahl zwischen den freisinnigen und Stöckerianern kommt. Dann erst werden sie die wirkliche Probe auf ihre wahre Gesinnung abzugeben haben.

## Ueberschüssigende Stimmzettel.

Der Vorstand des nationalliberalen Wahl-Comités hat beschloßen, darauf hinzuwirken, daß sämtliche Parteien sich bei der Reichstagswahl nur solcher Stimmzettel bedienen, die in ihrem äußeren vollständig übereinstimmen und so in keiner Weise kenntlich sind. Auch im Wahlkreise Schwarzburg-Rudolstadt beabsichtigen die bei der bevorstehenden Reichstagswahl concurrirenden drei Parteien Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe zu beschaffen, um auf diese Weise nach Möglichkeit für wirkliche Wahlfreiheit zu sorgen. Vertreter der conservativ-national-liberalen, der deutschfreisinnigen und der socialdemokratischen Partei haben sich in einer Besprechung dahin geeinigt und wollen die richtige Ausführung dieses Beschlusses den drei Druckereien zu Rudolstadt überlassen, die sich betreffs gemein-

samen Papierankaufs u. s. w. mit einander ins Einvernehmen setzen sollen. Ebenso sollen durch einen gemeinsamen Aufruf in allen drei Parteiblättern kurz vor der Wahl die Inhaber der Wahllokale daran erinnert werden, daß Stimmzettel irgend welcher Partei nicht entfernt werden dürfen. Es ist dies ein durchaus verständiges Vorgehen, das wohl verdient, auch in allen anderen Wahlkreisen Nachahmung zu finden. Einmal empfiehlt sich dasselbe im Interesse der Wahlfreiheit, sodann ist ein solches gemeinsames Vorgehen in der That geeignet, die Heftigkeit des Wahlkampfes immerhin etwas zu mildern.

## Der Samoavertrag.

Der Senat der Vereinigten Staaten, dem der Vertrag zur Genehmigung überhandt worden, hat ihn dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zur Vorberatung überwiesen. Neu in dem bereits mitgetheilten Auszuge ist die Rolle, welche einer Anzahl unbestimmter Souveräne, sowie der Schweiz für den Fall zugewiesen wird, daß abermals Zwischigkeiten unter den interessirten Mächten auf Samoa entstehen. Einen dieser Monarchen, den Kaiser von Brasilien, haben die Ereignisse inzwischen aus der Liste der Schiedsmänner gestrichen; bezüglich seiner wird der Senatsausschuss in Washington wohl eine Correctur des Vertrages vornehmen müssen. Ob auch materielle Punkte des Abkommens Beanstandung von dieser Seite finden werden, weiß man nicht, da die amerikanische Presse sich mit dem Gegenstande bisher fast ebenso wenig beschäftigt hat, wie deutsche oder englische Zeitungen. Die Befestigung jeder besonderen Controle seitens der vertrags-schließenden Mächte über die Regierung von Samoa brüht den wesentlichen Bericht Deutschlands aus, welches früher als die zumeist interessirte Macht eine solche Controle beansprucht hatte. Von einem „Dichönig“ oder einem von den Mächten gemeinsam zu bestellenden „Beirath“ für die eingeborene Regierung enthält der Vertrag nach den obigen Mittheilungen entgegen früheren Angaben nichts. Dagegen wird durch den im Nothfall vom König von Schweden zu ernennenden Oberrichter eine Instanz geschaffen, die man wenigstens als einen Versuch betrachten kann, Reibungen und Zwischigkeiten der verschiedenen Nationalitäten untereinander von dem bisherigen Wege der Intelligenz auf dem Weg der Rechtung zu bringen. Ob dieser Versuch gelingt, ist eine andere Frage. Besondere Vorzüge trifft der Vertrag für den Präsidenten des Communalraths von Apia, für dessen Ernennung nicht weniger als vier fremde Staats-oberhäupter in Aussicht genommen sind, falls die drei theilnehmenden Mächte sich nicht einigen können. Da die Mehrzahl der Deutschen im Stadtbezirk von Apia ihren Wohnsitz hat, so ist der Einfluss auf die dortige Verwaltung von großer Wichtigkeit. Allerdings besitzt weder Schweden noch Holland, oder Brasilien, noch die Schweiz diplomatische Vertreter auf Samoa, und man sieht nicht klar, wie die Oberhäupter jener Staaten das Material zu einem sachlichen Urtheil über freireligiöse Personalfragen dort gewinnen sollen; man geht indes in der Annahme wohl nicht fehl, daß es der Eifersucht unter den theilnehmenden hauptsächlich darum zu thun war, die Befestigung der entscheidenden Posten überhaupt nur dem Einfluss dieser oder jener interessirten Macht zu entziehen. Da Malletoa als vertragsmäßiger König von Samoa sich bereits wieder auf dem Thron befindet, so ist der Vertrag in einem seiner wichtigsten Punkte bereits ausgeführt. Sobald der amerikanische Senat ihm seine Genehmigung erteilt hat, wird er internationalen Gesetz, da weder vom deutschen noch vom englischen Parlament Einwendungen gegen ihn zu erwarten sind. Gleichzeitig mit dem Text des Vertrages kommen Nachrichten über die derzeitigen Zustände auf Samoa zur Kenntniss, die nicht ungünstig lauten. Es wird der „Doff. Ztg.“ aus London, 20. Januar, gemeldet:

Nach Postnachrichten aus Samoa vom 27. December scheint Malletoa's Regierungsantritt einen dauernden Frieden auf den Inseln gesichert zu haben. Malletoa erließ am 24. December eine Rundmachung, welche den Verkauf, die Verpachtung oder die Verpflanzung samoanischen Bodens seitens der Samoaner, die Einfuhr von Waffen und Munition sowie den Verkauf von Spirituosen an Samoaner oder Polynesier bei schweren Geld- und Gefängnisstrafen verbietet.

Auch dies Verbot ist augenscheinlich eine directe Folge des neuen Samoa-Vertrages; es wird den Handel mit den Inseln auf ein noch wenigeres Maß beschränken, als es für die Ausfuhr dort- hin bisher schon bestand.

## Zum Tode des Herzogs von Aosta

wird aus Turin von Sonntag Abend noch gemeldet:

Am Paradebett des verstorbenen Herzogs von Aosta fand der König, die Prinzessin Clotilde, die Herzogin-Wittwe und die Kinder des Herzogs anwesend. Das ganze Personal des herzoglichen Hauses besetzte Abends am Paradebett. Die Leichenfeier findet Mittwoch statt, zu welcher der König, einem Wunsch des Verstorbenen entsprechend, nur die Teilnahme der Turiner Garnison angeordnet hat. Der König wird den Leichnam bis zur Basilica de Superga außerhalb Turin begleiten. Das 2. heilige Sulten-Regiment Nr. 14, dessen Chef der Verstorbene war, wird bei den Feierlichkeiten vertreten sein. Die Königin und der Kronprinz treffen morgen hier ein.

Im Senate sowie in der Kammer zu Rom wählten die Präsidenten und der Siegelbewahrer im Namen der Regierung dem heimgegangenen Herzog von Aosta warme Nachrufe. Im Senate wurde beschloßen, einen Monat lang den Platz des Präsidiums schwarz zu verhängen zu lassen und dem Könige eine Beileids-Adresse zu überreichen. Ebenso wurde in der Kammer beschloßen, den Platz des Präsidenten 45 Tage schwarz zu ver-



hängen und dem König, der Prinzessin-Wittve sowie dem ältesten Sohne des Prinzen Amadeus Beileidsadressen zu überreichen; ferner werden die Sitzungen auf 15 Tage unterbrochen.

Im Auftrage des diplomatischen Corps begeben sich die Militär-Attaches zur Theilnahme an den Sechshundertjährigen Feiern nach Turin.

**Die französische Deputirtenkammer**

beriebt in der gestrigen Sitzung den Antrag Meline betreffend die Handhabung der Zölle von Reis und Mais. Meline ersuchte um Verweisung an eine Commission von 55 Mitgliedern, welche mit der Prüfung aller Zollfragen beauftragt werde. Ministerpräsident Tirard wies darauf hin, daß es zweckmäßiger wäre, vor der Ernennung einer so großen Commission die Ergebnisse der im Gange befindlichen großen Enquete abzuwarten; er wäre wohl zur Inflation der vorgelegten Commission, jedoch mit der Beschränkung, daß dieselbe keinen auf die Handelsverträge bezüglichen Beschluß fassen. — Die Kammer nahm schließlich den Antrag Meline mit 415 gegen 28 Stimmen an.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es wieder einmal zu sehr heftigen Scenen, worüber nachfolgendes Telegramm vorliegt:

Paris, 21. Jan. (W. I.) Gelegentlich der Interpellation wegen der Annulirung der von dem Pariser Municipalrath bewilligten Credits für die Strikenden im Rhone-Departement besieg der Pariser Deputirte Joffrin (der an Boulangers Stelle in Paris gewählt wurde) unter heftigen Protesten der Rechten und Boulangisten die Tribüne. Die Kammer verhängte nachher die zeitweilige Ausschlussschließung über die Abgg. Droulede, Millerope und Laguerre, welche sich weigerten den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde dreimal auf je eine Viertelstunde vertagt. Endlich war es Joffrin möglich zu sprechen. Derselbe tabelte die Annulirung der Credits und griff Boulanger an. Die Kammer ging schließlich mit 292 gegen 52 Stimmen zur Tagesordnung über, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

**Im französischen Senate**

danke gestern, wie aus Paris telegraphirt wird, der Präsident Ceroyer in einer Ansprache dem Senate für das ihm wiederholt gezeigte Vertrauen durch seine zum neunten Male erfolgte Wiederwahl zum Präsidenten. Frankreich habe durch die letzten Wahlen bestätigt, daß es gewillt sei, in der Republik die zur Entwicklung seiner Geschicke notwendige Ruhe zu finden. Er wende sich an die Vertreter erster Arbeit zur Verwirklichung des Programms der Reformen und der That; der Senat werde mit ihm von den gleichen Wünschen beseelt sein und werde zeigen, welche Segnungen das Vaterland von der Republik und der Freiheit erwarten könne. Der Beifall des Hauses folgte den Ausführungen des bewährten Präsidenten.

**Verhandlungen über die ägyptischen Finanzen.**

Die Reuters Bureau erzählt, haben die Verhandlungen zwischen der französischen und der ägyptischen Regierung betreffend die Conversion der ägyptischen Prioritätsanleihe eine günstige Wendung genommen. Der letzte Meinungsunterschied von irgendwelcher Bedeutung sei veranlaßt worden durch die französische Forderung betreffend die Ernennung eines Comites unter dem Vorsitz des französischen Ingenieurs Barrois behufs Ueberwachung der von dem Departement der öffentlichen Arbeiten unter Moncrieff gebauten Bewässerungsanlagen. Nachdem Ägypten und England entschieden ablehnend geantwortet, habe Frankreich die Forderung fallen lassen. Dem baldigen Abschluß eines Abkommens zwischen Frankreich und Ägypten werde entgegengeesehen.

## Reichstag.

47. Sitzung vom 20. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Postdampfschiff-Verbindung mit Ostafrika. Danach wird der Reichskanzler ermächtigt, für die Einrichtung und Erhaltung einer solchen Dampfschiff-Verbindung eine Beihilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 900 000 Mk. für zehn Jahre zu bewilligen. — Die Commission hat die Vorlage unverändert genehmigt und nur bei den Grundzügen des mit den betr. Unternehmern abzuschließenden Vertrages einige Zusätze zu machen vorgeschlagen.

Abg. Dieß (Soc.) weist darauf hin, daß die Socialdemokraten bereit wären, für die früher bewilligten Dampferlinien zu stimmen. Die jetzt vorgeschlagene Linie dient gar nicht dem Verkehr, sondern nur der Colonialpolitik in Ostafrika. Die ganze Colonie Ostafrika ist nicht so viel werth, wie die Anochen eines pommerschen Grenadiers. Ostafrika hat schon viele Opfer gefordert. Ich glaube, daß die Vorlage angenommen wird, und da möchte ich die Regierung bitten, auf einige Punkte ihre Aufmerksamkeit zu richten. Es muß verhindert werden, daß man Aulis oder Niger auf den Schiffen verwendet. Die Steuerzähler haben ein Interesse daran, daß ihnen solche fremden Arbeiter keine Konkurrenz machen. Die Einführung der Neger und Aulis als Rohlenzieher und Helfer auf den Schiffen der Woermann-Linie hat dazu geführt, daß die Löhne der weißen Arbeiter ähnlicher Art erheblich herabgesetzt wurden.

Abg. Graf (Soc.): Die Reichsregierung hat mit ihrer Politik sehr große Erfolge gehabt. Es steht fest, daß seit der Zollreform der Export um eine halbe Milliarde gestiegen ist; ebenso hat sich der Import gehoben. Der Zweck einer richtigen Wirtschaftspolitik überhaupt ist, dem Volk lohnende Arbeit zu verschaffen. Ist Arbeit vorhanden, muß die Auswanderung abnehmen. Um Arbeit zu schaffen, muß sich die Industrie entwickeln und deshalb der Abfall vermehrt werden. Dies hat ebenso wie die Zollpolitik auch die Colonialpolitik. Wir werden also für die Vorlage stimmen.

Abg. Barth (Soc.): Dem Vorredner gebe ich darin Recht, daß die Schutzpolitik mit der Subventionspolitik verwandt ist. Es ist erklärlich, wenn der Abg. Graf, der unter den französischen Schutzlinien groß geworden ist, diese Vorlage mit Jubel begrüßt. Aber gerade die Erfahrungen Frankreichs mit der Subventionspolitik, mit Schiffsfahrtsprämien und Dampfer-subsidien warnen uns, auf diesem Wege allzu weit vorzugehen. Die französische Rheberei hat durch eine zu weite Ausdehnung der Subventionen einen sehr starken Stützpunkt erhalten. Diese principlelle Frage heute zu erörtern, hätte jedoch wenig Zweck. — Eine jede Dampferlinie, die durch irgend welche Subvention zu Stande kommt, hat auch in einem gewissen engen Rahmen ihren Nutzen für den Verkehr auf der betreffenden Route. Darauf kommt es aber nicht an; maßgebend ist allein die Frage, ob die von den Steuerzahlern eines bestimmten Landes aufgewendeten Mittel im Verhältnis stehen zu dem Nutzen, den man sich von der zu subventionirenden Linie versprechen kann. Bei keiner Linie ist das weniger der Fall als gerade hier. Gütte man sich mehr Zeit genommen, dann wäre es mit

dieser Linie wahrscheinlich so gegangen wie mit der seiner Zeit nach Ostafrika projectirten. Der Herr General-Postmeister hat uns neulich gesagt, daß die westafrikanische Aufgabe sehr wohl zu lösen sei. Er sagte, Ostafrika habe sich jetzt so hässlich entwickelt, daß es einer Unterfischung durch eine Subventionslinie nicht mehr bedarf. Nach der offiziellen Export- und Importstatistik hat sich aber der Verkehr durchaus nicht so sehr gehoben. 1884 betrug der ganze Export von Hamburg dorthin 530 000 Doppelctn., 1885 561 000 und 1888 569 802 Doppelctn. Das ist also von 1885—1888 nur eine ganz minimale Steigerung um 40 000 Doppelctn. Der Einfuhrverkehr Ostafrikas stieg sich im Werthe 1884 auf 13, 1888 noch nicht 15 Mill. Mk. Es ist also seit 1884 durchaus keine vollständige Aenderung der Situation eingetreten. Die Entwicklung ist nur so gewesen, wie auch sonst im Weltverkehr, wenn man den Dingen ihren ruhigen Lauf läßt und nicht zu häufig ist. An die Subventionierung einer Linie nach Ostafrika hätten wir niemals gedacht, wenn wir nicht seit mehreren Jahren eine ostafrikanische Colonialpolitik trieben, die weit über das ursprüngliche Programm des Reichskanzlers hinausgeht. Deshalb wird diese Colonialpolitik auch unendlich viel mehr kosten. Diese 900 000 Mk. gehen auch auf das Conto der Colonialpolitik, und das wird immer mehr an-schwellen. Hoffentlich wird es uns nicht so gehen, wie den Franzosen in Alger, die seit dem Besetzen von Alger die Kleinigkeit von 3½ Milliarden Franken hineingeschüttet haben. Aus allen diesen Gründen, sowohl vom handelspolitischen wie vom colonialpolitischen Standpunkt verwerfen wir die Vorlage. Wir sind keineswegs unempfindlich gegen den patriotischen Stolz, von dem der General-Postmeister neulich sprach, wir sehen es immer mit Freude, wenn eine neue Dampferlinie eingerichtet wird nach irgend einem Theil des Weltmeeres, aber wenn uns der General-Postmeister auf-forderte, patriotischen Stolz zu empfinden, wenn der erste Dampfer in Ostafrika die deutsche Flagge auf dem Top hisst, so würden wir mehr Stolz darüber empfinden, wenn es ein Privatunternehmen wäre, als wenn die deutschen Steuerzahler dafür in Anspruch genommen werden, denn in diesem Falle sind diese großen Empfindungen in sehr geringem Maße am Platze. Herr Graf begrüßt mit Freude die An-träge, mit der Colonialpolitik und der Dampfer-subsidien uns in den Weltverkehr weiter hineinzu-ziehen und den Handel Deutschlands auf eine höhere Stufe zu bringen. Alle diese Mittel sind außerordent-lich kleiner Natur und werden nicht viel erreichen. Es giebt andere Mittel, den Verkehr Deutschlands zu heben. Das wird der Fall sein, wenn die Ihre ver-festete Handelspolitik aufgeben und zu der Handels-politik übergehen, deren Princip ist, den großen Weltverkehr zwischen den einzelnen Völkern zu er-möglichen.

Abg. Kintelen (Soc.): Ein Theil meiner Freunde wird für die Vorlage nicht stimmen, weil die ganze Angelegenheit zur Zeit nicht reif ist. Die finanzielle Lage ist nicht danach angethan, so viel Geld für ent-fertigt liegende Zwecke auszugeben. Es sind so viele innere Nothstände vorhanden, für welche das Geld besser verwendet werden kann. Ferner ist unser An-trag auf Cultusfreiheit in Afrika abgelehnt worden. Ohne Cultusfreiheit aber ist Colonisation nicht möglich, deshalb verliert auch der colonialpolitische Gesichtspunkt für uns an Werth.

Abg. Woermann (n. l.): Herrn Dieß möchte ich nur erwidern, daß schwarze Arbeiter als Rohlenzieher und Trimmer von mir angestellt sind, weil deutsche Arbeiter diese Arbeit nicht ertragen können wegen der allzu großen Hitze. Das liegt also im Interesse der Mensch-lichkeit und auch der Schiffahrt. Ich werde auch in Zukunft bei diesem System bleiben.

§ 1 wird mit den Stimmen der Conservativen, Na-tionaliberalen, der Elsäßer und der Minderheit des Centrums angenommen.

Nach § 2 muß der mit dem Unternehmer abzu-schließende Vertrag eine Reihe von Hauptbedingungen enthalten, welche der Vorlage in einer besonderen An-lage beigelegt sind, und bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Bundesraths. Die Budgetcommission hat den einzelnen Nummern der Anlage zwei neue hinzugefügt. Nach der ersten sollen die Unternehmer der Linie verpflichtet sein, bei der Hin- und Rückfahrt einen holländischen oder belgischen Hafen anzulaufen; nach der zweiten soll, falls dem Unternehmer dauernd größere Gewinne erwachsen, die Auflegung größerer Reifungen oder die Kürzung der Subvention statt-haft sein.

Staatssecretär v. Bötticher: Herr Dieß hat der Re-gierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich um die auf den Schiffen des Bremer Lloyd vorge-kommenen Selbstmorde nicht ausreichend gekümmert habe. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Alle diese Fälle kamen zur Kenntniß der Seegerichte. Es hat sich herausgestellt, daß die Klagen darüber, daß die Leute durch schlechte Behandlung zum Selbstmorde getrieben worden, bis auf einen einzigen bestrafte Fall durch- aus unbegründet gewesen sind. Die Ursache beruht vielmehr wesentlich darin, daß das Material, aus dem diese Rohlenzieher genommen werden, in der Regel ein recht verkommenes ist. Seitens der Reichs-regierung sind Verhandlungen eingeleitet worden, um Garantien dafür zu schaffen, daß künftig in der Aus-wahl der Personen zu dieser Arbeit vorfalsch und sach-gemäß verfahren wird, und ich wünsche, daß sich dann solche Vorfälle nicht wiederholen. Irgend welche Ver-anstaltung für die Regierung jedoch, beim Abschluß von Verträgen mit den Unternehmern irgend welche Vor-schriften bei der Auswahl und der Behandlung der Rohlenzieher zu machen, liegt nicht vor, weil die Selbstmorde nicht auf den vom Reich subventio-nirten Dampfern vorgekommen sind.

Abg. Dieß (Soc.): Die Regelmäßigkeit, mit welcher solche Vorfälle auf dem Bremer Lloyd vorkommen, ist ein Beweis dafür, daß nicht Zufall, sondern Absicht dabei im Spiele ist. Daß es möglich ist, die Schiffs-mannschaften humaner, als der Bremer Lloyd es thut, zu behandeln, zeigt das Beispiel Hamburgs, wo der-artige wenig erfreuliche Dinge nicht vorkommen. Daß eine bestimmte Antwort gegen das Anwerben von Aulis oder Negern nicht gegeben ist, bedauere ich.

Staatssecretär v. Bötticher: Ob der Bundesrath in der Lage ist, solche Bestimmungen zu treffen, beweise ich, ich halte es aber auch nicht für wünschenswerth, das Anwerben von Aulis ganz zu verbieten, denn die Art, wie Herr Woermann es anwendet, erscheint mir ganz gerechtfertigt. Lassen Sie den Aulis den Verdienst, es sind ja auch Menschen. (Heiterkeit.)

Abg. Eohren (Reichsp.): Ich bin erfreut über die Vorlage, aber ich kann es nicht verstehen, wie man die Linie an der Delagoa-Bai endigen lassen will, während man früher Port Elisabeth als Endpunkt in Aussicht genommen hatte. Unser Export nach dem Capland ist noch sehr der Steigerung fähig.

Abg. Dissen (nat. lib.) begrüßt es mit Freuden, daß die Commission die Bestimmungen hinzugefügt hat, daß ein belgischer oder holländischer Hafen angelaufen werden müsse. Das liegt namentlich im Interesse Süd-westdeutschlands.

Abg. Graf v. Helldorf (Centr.) empfiehlt ebenfalls das Anlaufen eines belgischen oder holländischen Hafens im Interesse der Rheinprovinz.

§ 2 wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redacteurs der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung des Reichstages beschließt der Reichstag nicht zu ertönen.

Darauf wird die dritte Beratung der Anträge Adersmann-Aichbichler, betr. den Befähigungs-nachweis, fortgesetzt, und zwar mit der Abstimmung über Ein-leitung und Ueberschrift des Gesetzentwurfs. Derselbe ergiebt die Annahme von Einleitung und Ueberschrift mit 129 gegen 92 Stimmen.

Die definitive Abstimmung über das ganze Gesetz ist auf Antrag des Abg. Ströber eine namentliche. Derselbe ergiebt die Annahme mit 130 gegen 92 Stimmen. Für

das Gesetz stimmen die Conservativen, ein Theil der Reichspartei und das Centrum.

Es folgt der Bericht der Rechnungs-Commission betreffend den Antrag Richter auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Verwaltung der Ein-nahmen und Ausgaben des Reichshaushalts in Ver-bindung mit dem Bericht derselben Commission be-züglich der allgem. Rechnung über den Reichshaushalt für 1884/85 sowie die zu diesem Etat und zu den Etats von 1881/82 bis 1883/84 unter Beibehaltung der Justificationsordres gemachten Vorbehalte.

In Bezug auf den Antrag Richter beantragt die Commission, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichs-tag schon in der nächsten Session einen Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Aus-gaben des Reichshaushalts, sowie einen Gesetzentwurf betreffend die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes vorzulegen.

In Bezug auf den zweiten Punkt beantragt die Com-mission, dem Reichskanzler bezüglich der allgemeinen Rechnung für 1884/85 Entlastung zu ertönen und die Vorbehalte aus den früheren Rechnungen fallen zu lassen und in Bezug darauf ebenfalls die Entlastung zu ertönen.

Abg. Meyer - Halle (Soc.): Seitdem der Reichstag weiß, daß die Justification von Einnahmeausfällen durch eine vom Kriegsminister eines Einzelstaates con-trafignirte Ordre des Landesherrn erfolgt ist, hat er eine ganz bestimmte und consequente Stellung eingenommen, die zu verlassen ihm gegenwärtig zugemuthet wird. Staatsrechtlich liegt die Sache einfach so, daß dem Reichstage gegenüber kein anderer Beamter eine Ver-antwortlichkeit trägt wie der Reichskanzler, und daß daher Akte, welche nicht durch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gedeckt sind, dem Reichstage gegen-über als nicht existent angenommen werden müssen. Der Reichskanzler hat selber mit dem größten Nach-druck hier erklärt, er allein trage dem Reichstage gegenüber die Verantwortlichkeit auch in Angelegen-heiten der Heeresverwaltung, und er halte es für unzulässig, daß der Reichstag sich mit einer Resolution an die Verwaltungen der einzelnen Contingente wende. Damit hat sich der Kriegsminister vollkommen einverstanden erklärt. Wie kommt es nun, daß hier eine staatsrecht-liche Doctrin zum Durchbruch gekommen ist, die mit jener Erklärung im Widerspruch steht! Darüber hat uns der Kriegsminister nichts mitgetheilt. Indem die Commission sich in eine materielle Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser Justificationsordres eingelassen, hat sie dem Reichstage eine Aufgabe zugemuthet, zu welcher ihm das erforderliche Maß von Sachverständniß fehlt. Diese Gründe sind durchschlagend, um an den früheren Standpunkt des Reichstages, den früher auch Mit-glieder der nationalliberalen Partei und des Centrums getheilt haben, festzuhalten. Wir müssen den Vor-behalt, der gegen die früher behargigte Rechnung ge-macht ist, aufrecht erhalten, bis die nachträgliche Contrafignatur des Reichskanzlers beigebracht ist, und wir können am allerwenigsten für die Zukunft auf diese Contrafignatur verzichten.

Abg. Gotscha (Centr.) vertritt den Standpunkt der Commission.

Abg. Richter bedauert lebhaft, daß die Commission den Standpunkt, den der Reichstag immer eingenommen hat, plötzlich ohne irgend einen Grund aufgibt. Neben dem Collegen Meyer kann ich bezeugen als früherer Vorsitzender der Rechnungscommission, der ich namens der Nationaliberalen alle Rechnungen von 1867 ab habe prüfen helfen, daß mir die Frage stets offen gehalten und immer dem Rechnungshof darin bei-getreten, daß wir die Gegenzeichnung des Reichs-kanzlers bei militärischen Cabinetordres der Sou-veräne der Einzelstaaten für nothwendig halten. Des-halb will man gerade jetzt den Rechnungshof im Stich lassen und die immer festgehaltenen Grundzüge über den Haufen werfen? Die Frage ist von einer viel größeren Tragweite, als es den Anschein hat. Man sagt, hier handle es sich um selbständige Contingentverwal-tung und die Bestimmungen der Landesgesetze gelten bezüglich der Gültigkeit der Cabinetordres. Eine solche Auf-fassung durchdringt aber das Reichsrecht, welches höher steht als die Landesgesetze. Wir haben nach Artikel 72 der deutschen Verfassung die Rechnungen zu prüfen nach Artikel 17 ist unbedingt die Gegenzeichnung des Reichskanzlers zur Gültigkeit einer Anordnung und Verfügung nothwendig. Die Commission sagt, der Kanzler übernehme bereits die Verantwortlichkeit durch Ueberreichung der Rechnungen; das ist aber nicht zu-treffend. Wenigstens hat der Reichskanzler in diesem Sinne sich bisher nicht geäußert, sonst hätte er doch zweifellos die Gegenzeichnung nachgeholt, selbst wenn die Sache an sich zweifelhaft wäre. Wir müssen den Rechnungshof in seinen unabhängigen Bestrebungen auf Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen unbedingt unterstützen, das ist auch unsere Pflicht. Wenn ferner die sächsische Militärverwaltung sich weigert, dem Rechnungshof Einsicht in die Akten in Betreff der Unregelmäßigkeiten in der Garnisonver-waltung von Chemnitz zu gewähren, bloß weil die Rechnungen bereits vom Rechnungshof begutachtet waren, so muß auch hierin der Reichstag den Rech-nungshof unterstützen. Derselbe hat das Recht, auch nachträglich eine Prüfung dieser Unregelmäßigkeiten anzufragen. Wenn er das Altes der ordnungsmäßigen Verwaltung ausgestellt, so lag das nur daran, daß er von jenen Unregelmäßigkeiten nach keiner Richtung hin Kenntniß bekommen. Redner bittet, die Befchlüsse der Commission abzulehnen und den früheren Stand-punkt aufrecht zu erhalten.

Abg. Franke (n. l.) stellt in Abrede, daß die Com-mission ihren früheren principiellen Standpunkt aufgegeben habe; sie habe nur einen modus vivendi schaffen wollen, bis die Sache durch die Gesetzgebung zum Aus-trag gebracht sei.

Inzwischen ist vom Abg. Richter der Antrag einge-gangen, in Bezug auf die Rechnung von 1884/85 den Reichskanzler aufzufordern, den seitens der Ober-Rechnungskammer gemachten Vorbehalten gegenüber die Verantwortlichkeit durch nachträgliche Gegenzeichnung zu übernehmen und unter diesem Vorbehalt die Ent-lastung für die Rechnung von 1884/85 zu ertönen.

Abg. Windthorst: Es handelt sich hier um ein er-hebliches Recht des Reichstages. Weber die Commission noch die gegenwärtigen Erörterungen haben die Sache zu klären vermocht. Wollte man den bisherigen modus vivendi stabilisieren, dann würde das Gesetz geändert werden müssen, wozu ich selbst bereit wäre. Ich bitte aber, die Angelegenheit nochmals an die Rechnungs-commission zu verweisen und dort den Hrn. Reichskanzler zu vernehmen. (Seiterheit.)

Abg. Hügel (Soc.): Wenn der Beschluß der Com-mission angenommen wird, so kann leicht die Folge entstehen, daß der Rechnungshof von solchen Justificationsordres dem Reichstage überhaupt keine Mittheilung mehr macht, so daß der Reichstag sie auch nicht einmal materiell prüfen kann. Es handelt sich hier gar nicht um constitutionelle Fragen, sondern um den Kampf des Particularismus gegen das Reich. Der Reichstag muß seinen Standpunkt wahren und es muß abgemagt werden, ob die Regierung ihm eine Vorlage bringt, welche diese Schwierigkeiten auf ge-setlichem Wege beseitigt.

Der Antrag der Commission bezüglich des Antrages Richter wird einstimmig angenommen; die Rechnungen pro 1884/85 werden nach dem Antrag Windthorst an die Commission zurückverwiesen.

Bei der Feststellung der nächsten Tagesordnung fragt der Abg. Windthorst an, ob noch das Socialisten-gesetz zur weiteren Beratung kommen wird.

Der Präsident erwidert, daß nach seinen Erkun-digungen kein Grund zu der Annahme sei, daß das Socialistengesetz nicht mehr zur Beratung kommen solle.

Nächste Sitzung: Dienstag.

## Deutschland.

≡ Berlin, 21. Januar. Die Vereine der Spiritusfabrikanten und Stärkeinteressenten in Deutschland, die sonst regelmäßig in der dritten Woche des Februar ihre Generalversammlungen

abhielten, haben dieselben diesmal der auf den 20. Februar anberaumten Reichstagswahlen wegen um eine Woche verschoben. In Folge dessen werden die betreffenden Versammlungen in diesem Jahre erst in den Tagen des 27. und 28. Februar und 1. März stattfinden. Am 27. Februar tagen die Stärkeinteressenten, und am 28. Februar und 1. März treten die Spiritusfabrikanten zusammen. Unter den verschiedenen wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung der letzteren stehen, finden wir u. a. auch das Branntweinsteuer-Gesetz, das am zweiten Tag der Beratungen, am 1. März, zur Verhandlung kommen soll.

\* [Mausoleum für Kaiser Friedrich.] Wie die „Potsd. Ztg.“ mittheilt, ist der innere Aufbau am Mausoleum des Kaisers Friedrich bei der Friedenskirche vollendet. Jetzt sind die äußeren Bekleidungsarbeiten in Angriff genommen.

\* [Prinz Heinrich in Ägypten.] Man schreibt der „Potsd. Ztg.“ aus Kairo: Am Dienstag voriger Woche unternahm Prinz Heinrich und seine Gemahlin einen Ausflug nach den Pyramiden, wo ihnen auf Befehl des Khedive der Aiosk desselben in lebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt war. Gleichzeitig hatte der Khedive angeordnet, daß am Donnerstag Mittag seine Yacht „Telrouy“ sich vor dem Palais Ismailieh bereit halten sollte, falls das prinzipale Paar eine Vergnügungsfahrt auf dem Nil unternehmen wollte. Nach der Rückkehr von den Pyramiden gab der Khedive zu Ehren des prinziplichen Paares im Palais Abdin ein Mahl von 58 Gedecken, zu welchem außer den höchsten ägyptischen Beamten auch zahlreiche angesehene Mitglieder der deutschen Colonie eingeladen erhalten hatten. Zur Rechten des Khedive saß die Prinzessin Irene, zu seiner Linken Prinz Heinrich. Dem Khedive gegenüber saß Prinz Hussein Pascha zwischen der Baronin v. Sackenborff und der Baronin v. Muthenau. Der Khedive hatte schon einige Tage vorher dem deutschen Kaiser durch Drath die glückliche Ankunft des prinziplichen Paares in Kairo gemeldet. Kaiser Wilhelm hat darauf dem Khedive gleichfalls durch den Drath seine lebhaften Sympathien und den herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang ausgedrückt, den man seinem Bruder bereitet habe.

\* [Kaiserin Augusta-Stiftung.] Die Stadt Elberfeld will eine „Kaiserin Augusta-Stiftung“ im Betrage von 100 000 Mk. errichten, welche der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen dienen soll. An den Kaiser ist behufs Genehmigung der Stiftung eine Adresse gerichtet worden.

\* [Ueber das Befinden des Abg. v. Franken-Rein.] Ist gestern Vormittag folgendes Bulletin im Reichstage ausgegeben worden:

„Herr v. Franken-Rein brachte einen Theil der Nacht unter großer Unruhe zu. Die Athmungsbeschwerden haben sich etwas gesteigert. Fieber und Husten geringer; Kräftezustand befriedigend. Im Verlauf des gestrigen Tages war eine erste Wendung im Befinden des Hrn. v. Franken-Rein eingetreten, so daß er die Gierbesamcamente erhielt; doch trat Abends wieder eine kleine Besserung ein.“

Die Söhne des erkrankten Abgeordneten sind aus München nach Berlin gereist.

\* [Ein diplomatisches Diner] wird am 27. Januar, dem Geburtsstage des Kaisers, in Berlin beim Reichskanzler stattfinden. Die bezüglich der Einladungen an die Mitglieder des Bundesraths, die Botschafter und Gesandten der auswärtigen Mächte sind bereits erfolgt.

\* [Staaten] hat beschloffen, seinen Aufenthalt in Kairo etwas zu verlängern.

\* [Gina Pascha] leidet seitdem einem Schwär am Schädel und an einer theilweisen Lähmung der Junge. Er will von einer Ueberbeladung nach Janjibar nichts wissen. Außer seinem deutschen Arzte empfängt er keine Europäer.

\* [Polizeilich aufgelöst] auf Grund des Socialistengesetzes ward die am Sonnabend Abend im „Böhmischen Braubaus“ in Berlin tagende und von über 5000 Personen besuchte öffentliche Arbeiter-Versammlung. Gutmacher Augustin führte den Vorsitz, Herr Bergmann referirte über „die Berliner Arbeiterkraft und das Hutmachere“, Redner verbreitete sich zu-nächst über den Luchsenwalder Strike. Als in der Discussion ein scharfes Wort über die Strike-brecher fiel, erfolgte die Auflösung.

\* [Der Wahlaufauf der Centrumpartei] ist gestern veröffentlicht worden. Derselbe beginnt mit einem Hinweis auf die erhöhte Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen und lautet, zu der Kirchenpolitik übergehend, wie folgt:

„Noch immer sind die Bedingungen nicht erfüllt, welche wir in jeder Wahlperiode als unerlässlich be-zeichnet haben, wenn dem Volke die Religion erhalten, wenn christlich-gläubige Gesinnung gewahrt und ge-fördert werden soll und zur Richtschnur erhoben in Unter-richt, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, in der Ge-setzgebung und im öffentlichen Leben. Wir fordern deshalb immer von neuem, daß der Kirche, im deut-schen Reiche wie in den Schutzgebieten, volle Freiheit der Bewegung gestattet und alles beseitigt werde, was die Selbstständigkeit und die Rechte der Kirche beeinträchtigt, was die segensreiche Wirksamkeit aller ihrer Genossenschaften und das in der Verfassung gewähr-leistete Heimathrecht der Reichsangehörigen verfehlt.“

Wir erkennen zugleich in der unbedingten Thätig-keit der Kirche und ihrer Organe, sowie der dadurch zu erhoffenden Kräftigung des christlichen Geistes in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter das wirksamste Mittel zur Behämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie — ein Mittel, wirksamster als alle Ausnahmemaßnahmen.“

Unter steter Wahrung des verfassungsmäßigen föderativen Grundcharakters des deutschen Reiches werden wir unsere freudige Mitwirkung zur weiteren Aus-bildung aller jener Maßregeln nicht versagen, welche die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung zum Zwecke haben.“

Der Aufruf betont sodann das Bestreben, das Handwerk zu heben, für die Arbeiterkämpfe-gehung wirken und in den Lohnkämpfen alles unterstützen zu wollen, was einen Ausgleich her-beiführen kann. Des Weiteren heißt es:

„Die wirtschaftliche Lage des Reiches hat sich in den Bahnen, welche wesentlich auf unsere Anregung und unter unserer Mitwirkung eingeschlagen worden sind, besser gestaltet. Wir werden aber darüber zu-machen haben, daß die Vortheile der neuen Wirt-schaftspolitik nicht ungebührlich ausgenutzt werden, daß eine Vermehrung der Steuern und Eassen ver-hindert und Härten in der Besteuerung möglichst be-seitigt werden.“

Wir werden auf allen Gebieten nachdrücklich auf die größte Sparsamkeit dringen, wenn wir selbstver-ständlich auch gewillt sind, heute wie immer, für die Ehre, die Würde und die volle Wehrhaftigkeit des deutschen Reiches einzutreten.

An den Grundlagen der Verfassung, insbesondere an den für die bürgerliche Freiheit bestehenden Garantien, werden wir unbeugsam festhalten.

bleiben die Wähler uns treu, wie wir ihnen treu bleiben und treu unserem alten ruhmreichen Vater-land, für Wahrheit, Freiheit und Recht!“







Druck und Verlag  
von A. M. Hofemann in Danzig.  
Hierzu eine Beilage.